

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1901**

2.11.1901 (No. 299)



# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 2. November.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einkaufsgebühren: die gepaltene Papiertüte oder deren Raum 20 Pf., Briefe und Gelder frei.

Nr. 299.

Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1901.

## Amtlicher Theil.

Mit Entschließung des Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 26. Oktober 1901 wurde Regierungsbaumeister Wilhelm Rees bei der Großh. Verwaltung der Hauptwerkstätte der Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen zur Dienstleistung zugeteilt.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Im Zeichen der Krisis.

SRK, Wien, 30. Oktober.

Unsere parlamentarischen Verhältnisse beginnen wieder eine sogenannte „interessante“, richtiger gesagt, kritische Wendung zu nehmen. Die Parlamentsmühle mahlt wohl, aber die Gänge sind leer; die Lokomotive puffet, die Räder drehen sich, aber die Maschine kommt nicht vom Fleck. Das Gespenst der Obstruktion zeigt sich wieder und um dasselbe zu kennen wird einerseits Ministerkrisis andererseits Parlamentsauflösung als Beschwörungsmittel angewendet. Lenken die Parteien, die jetzt nicht mit Pulldedeln und namentlichen Abstimmungen offen, sondern mit Dringlichkeitsanträgen versteckte Obstruktion treiben, nicht bald ein, so steht mehr auf dem Spiele, als bloß die Existenz eines Ministeriums oder dieses Parlaments. Die Arbeitslosigkeit greift immer weiter um sich und da gar keine Vorkehrungen getroffen wurden, um einer zu befürchtenden wirtschaftlichen Krise zu begegnen, und ausgiebig nicht getroffen werden können, wenn der Parlamentarismus verlagert und einerseits die endliche ordnungsmäßige Genehmigung des Budgets zwar begonnen aber kaum zu Ende geführt, andererseits die Vollziehung des Ausgleichs und der Abschluß von Handelsverträgen unmöglich gemacht wird, so muß selbst der eingestrichelteste Optimist die Gefahr einer Katastrophe vor Augen sehen, deren Umfang sich nicht einmal ahnen läßt. Da aber ein solches Ereignis nicht vor nationalen Grenzen und ebensowenig vor konfessionellen Grenzen halt macht, so müßten wohl jene Elemente in unseren Parteien, die nicht absichtlich einen Zusammenbruch heraufbeschwören wollen, um etwa im Trüben zu fischen, zur Einsicht gelangen, daß das Parlament auf dem bisherigen Weg nicht beharren darf. Selbsterhaltung und Staatserhaltung machen es den Staatsparteien zur Pflicht, endlich die regelmäßige Tätigkeit aufzunehmen und die Spielerei mit Dringlichkeitsanträgen aus der Hand zu geben. Nicht einer der bisher behandelten Dringlichkeitsanträge war dringender Natur, und selbst derjenige, der scheinbar als unausschiebbar erachtet werden mochte, weil er die Arbeitslosigkeit zum Gegenstande hatte, demonstrierte eigentlich doch nur,

daß man endlich die theoretischen Erörterungen bei Seite lassen und praktisch tätig sein muß, wenn man wirklich der Noth ein Ende machen will. Binnen wenigen Tagen muß die Entscheidung fallen, ob es die Abgeordneten mit ihrer Pflicht ernst nehmen oder ob sie von neuem einen chaotischen Zustand heraufbeschwören wollen. Auf sie wird die Verantwortung für die unvermeidlichen Folgen fallen. Nimmt erst die Arbeitslosigkeit zu und erkennt das Volk, daß es bei seinen Vertretern keine Hilfe findet, dann wird es selbst zu allererst geneigt sein, jenen die Schuld zuzuschreiben, welche die nationalen und konfessionellen Gegensätze so auf die Spitze getrieben haben, daß die notwendige Grundlage des Staatslebens, der Volkswohlstand, preisgegeben wurde. Es ist wahrlich die höchste Zeit zu Selbstkritik und Umkehr.

Wien, 31. Oktober.

Der tschechische Landmannminister Dr. Rezek ist auch heute nicht im Abgeordnetenhaus erschienen, obwohl er seine Demission weder gegeben noch offen angekündigt hat. Man erwartet sogar sein Wiedererscheinen im Abgeordnetenhaus für nächsten Montag, ohne hieran auch nur im geringsten die Annahme zu knüpfen, daß sich bis dahin eine Aenderung der Beziehungen des Kabinetts zu den Tschechen vollzogen haben werde. Es ist deshalb die Vermutung aufgetaucht, daß Herr Dr. Rezek vorläufig nur mit dem Fernbleiben von der Budgetdebatte demonstrieren wollte und daß er und der Tschechenklub die Wirkung dieser Demonstration abwarten würden, bevor man den Ernstfall folgen läßt. Auch sollte die Abwesenheit Dr. Rezek's von der Ministerbank den tschechischen Abgeordneten größere Freiheit bei ihren Angriffen auf die Regierung in der Budgetdebatte gewähren. Jedenfalls besteht kein Zweifel mehr darüber, daß Dr. Rezek diesmal in vollem Einvernehmen mit dem Tschechenklub und mit der tschechischen Presse vorgegangen ist. Der Ministerpräsident sollte einen Vorgesmack davon bekommen, wie es im Parlament wohl zugehen würde, wenn kein tschechischer Landmannminister mehr auf der Ministerbank säße. Während Dr. Rezek außerhalb des Parlaments seine Demissionsabsicht in die publizistische Diskussion wirft, wird innerhalb des Parlaments von tschechischer Seite die Obstruktion im Budgetauschusse an die Wand gemalt. Die brutale Obstruktion hat Abg. Dr. Kramarz selbst als ausgeschlossen erklärt; aber wenn die Fraktion Kramarz-Forscht-Herold im Klub obliegt, will man schon am Dienstag im Budgetauschusse mit der kalten Obstruktion, die man auch die verdeckte oder schiele Obstruktion nennt, beginnen. Mit formalen Anträgen soll der Beschleunigung der Budgetberatung entgegengetrieben werden — selbstverständlich unter Verwahrung gegen obstruktionistische Absichten. Diese Anträge dürften sich auf Bestellung besonderer Referenten für die

§ 14-Budgetverordnungen und für jedes der vorgelegten Budgets u. i. w. beziehen. Es ist für die tschechischen Mitglieder des Ausschusses nichts leichter, als durch derartige Mittel die rechtzeitige Erledigung des Budgets zu hindern. Die Fraktion Kramarz, welche augenblicklich schon über die Mehrheit des Klubs gebietet, will im Abgeordnetenhaus wieder zu dem Zustand zurückgelangen, wie er unmittelbar nach dem Amtsantritt des Ministeriums Clary herrschte. Die Wahl des Abg. Dr. Kramarz zum Obmann des Steueraus Ausschusses, die einen Affront gegen die deutschen Parteien bedeutet, ist durch die Stimmen der Polen, Klerikalen und Christlich-Sozialen zu Stande gekommen. Der Anführer der Katastrophepolitiker im Tschechenklub wurde an die Spitze eines für den Fortgang der parlamentarischen Arbeit bedeutsamen Ausschusses gestellt, was hinsichtlich der für diese Wahl verantwortlichen Parteien gewiß nicht als besonderes Interesse für die Arbeitsfähigkeit des Hauses ausgelegt werden kann. In den Kreisen der arbeitswilligen Parteien ist man über die eigentlichen Ziele, welche die Tschechen mit einer mehr oder minder versteckten Obstruktion der Budgetberatung verfolgen könnten, nicht recht im Klaren. Die Tschechen haben im März die Obstruktion eingestellt und schienen damals froh, aus einer unhaltbaren Position herauszukommen und eine Reihe von Versprechungen zu erhalten, die im Budget eingelöst erschienen. Wenn sie jetzt wieder zur alten Taktik zurückkehren sollten, wäre die Regierung ihres Wortes entbunden, und die Tschechen würden die Erfüllung der Konzeptionen, deren sie sich im Frühjahr rühmten, ernstlich gefährden. Wenn das Budget nicht auf verfassungsmäßigem Wege fertiggestellt wird, dann ist nichts wahrscheinlicher, als daß alle Konzeptionen zurückgestellt werden. In den Couloirs des Abgeordnetenhauses zirkuliert das Wort: Die Tschechen möchten für das Budget mit der ultraquasiischen Unversität in Brunn und für den Ausgleich mit der inneren Amtssprache bezahlt werden. Man erinnerte sich lebhaft an die Aeußerung des Ministerpräsidenten, daß die Differenzen nicht allein in den Dringlichkeitsanträgen lägen, sondern tiefer und ernster seien. Die Sachlage wird pessimistischer beurteilt, als vor Zurückziehung der Dringlichkeitsanträge.

## Ordre, Contreordre, Désordre.

Ueber die Aktion der französischen Mittelmeerflotte liegt heute eine ganze Reihe telegraphischer Meldungen vor, die einander direkt widersprechen, obgleich sie von der offiziellen französischen Depeschagentur ausgehen und vom Wolff'schen Bureau übermittelt sind. Es ist ja ganz natürlich, daß die französische Regierung die Deffektivität über die geplante Flottendemonstration gegen die Türkei zunächst noch im Unklaren läßt, thatsächlich hat aber der Depeschewirrwarr der „Agence Ha-

## Die Frauenvereine und die Armenkinder- und Waisepflege

### auf Grund der neuen Gesetzgebung.

Vortrag, gehalten auf der Landesversammlung des Badischen Frauenvereins zu Bruchsal am 26. Oktober 1901 von Bürgermeister C. v. Hollander-Mannheim.

#### II. (Schluß.)

Eine außerordentlich segensreiche Wirksamkeit würde sich den Frauenvereinen durch die Beaufsichtigung derjenigen Kinder eröffnen, die von ihren Angehörigen gegen Entgelt in Privatpflege gegeben sind. Es sind dies die sogenannten Haltekinder, mit denen die Armenverwaltungen als solche nichts zu thun haben, da eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht erforderlich ist und nicht stattfindet. Meist handelt es sich dabei um uneheliche Kinder, die von ihren Müttern gegen eine möglichst geringe Bezahlung fremden Personen zur Pflege übergeben werden. In Mannheim wurden im Jahre 1900 152 solcher Haltekinder unter 7 Jahren gezählt, davon 15 eheliche und 137 uneheliche. Die Zahl erscheint für eine Stadt von dieser Größe sehr gering; daß sie nicht größer ist, ist in der That nur dadurch zu erklären, daß die meisten in Mannheim lebenden Mütter ihre Kinder in kleinere Städte oder auf's Land geben, wo die Pflegestellen billiger und wohl auch besser sind; aber welche Summe von Jammer und Elend repräsentieren schon diese 137 unehelichen Haltekinder! In Berlin, wo man vor einigen Jahren 3 500 solcher Kinder zählte, wurde nachgewiesen, daß von den unehelichen Haltekindern nicht weniger als 42 Proz. mithin fast die Hälfte, von den ehelichen 23 Proz., also fast ein Viertel, im ersten Lebensjahre starben. Es erscheint das durchaus erklärlich. Die Mütter, die überwiegend Dienststellen bekleiden, nehmen zum großen Teil an der Erhaltung dieser Kinder ein sehr geringes Interesse, da sie ihren Verdienst schmälern und eine Heirath außerordentlich erschweren, die Pflegemütter aber sind befreit, aus dem geringen Pflegegeld

nach einen Verdienst für sich herauszuschlagen. Eine sorgfältige Beaufsichtigung dieser Kinder und ihrer Pflegerinnen wird daher immer dringender gefordert. In zahlreichen größeren Städten haben sich zu diesem Zwecke Kinderfürsorgevereine gebildet. In Leipzig, wo der städtische Kinderarzt Dr. med. Max Taube auf diesem Gebiete bahnbrechend gewirkt hat, in Dresden und Halle a. S. hat die städtische Verwaltung eine musterhafte Kontrolle der Haltekinder organisiert. Man ist in den letztgenannten drei Städten dabei von der Ansicht ausgegangen, daß nur mit befristeten Pflegerinnen eine wirksame und ausreichende Kontrolle der kleinen Kinder zu erreichen sei. Ich bin der Meinung, daß das doch nur für die sehr großen Städte zutrifft und daß im allgemeinen ehrenamtliche Pflegerinnen vor den Berufspflegerinnen schon deshalb den Vorzug verdienen, weil sie weniger der Gefahr ausgesetzt sind, an die Stelle des Herzens, die bei der Armenpflege und insbesondere bei der Kinderpflege die wesentlichste Eigenschaft der Pflegerin bildet, die Routine treten zu lassen. Darüber aber ist eine Meinungsverschiedenheit nicht mehr vorhanden, daß — abgesehen von den zur Aufsicht erforderlichen Ärzten — nur Frauen im Stande sind, eine ausreichende Kontrolle über die Verpflegung, Ernährung und Kleidung dieser Haltekinder durchzuführen.

In Baden ist die gesetzliche Grundlage für eine Ueberwachung der Haltekinder unter 7 Jahren vorhanden. Nach einer Bestimmung des Polizeistrafgesetzbuches kann sie durch Verordnung, bezirks- oder ortspolizeiliche Vorschrift angeordnet werden, und es kann insbesondere bestimmt werden, daß, wer solche Kinder gegen Entgelt zur Verpflegung übernimmt, hierdurch der Ortspolizeibehörde Anzeigenerhalt oder deren Genehmigung zur Uebernahme erwirken muß. Auch kann der Bezirksrath solchen Personen die entgeltliche Verpflegung von Kindern unter 7 Jahren untersagen, die ihnen angehörige oder anvertraute Kinder in Bezug auf Aufsicht, Schutz, Verpflegung oder ärztlichen Beistand vernachlässigen.

Eine für das ganze Land geltende Verordnung über die Ueberwachung der Haltekinder ist bisher nicht ergangen; dagegen sind in zahlreichen Bezirken und Gemeinden bezirks- und ortspolizeiliche Vorschriften erlassen worden, die meist eine Ueberwachung

durch die Ortspolizeibehörde angeordnet haben. In zahlreichen Bezirken fehlt es noch an jeder öffentlichen Fürsorge für die Haltekinder. Eine Uebertragung dieser Ueberwachung an die Frauenvereine wäre meiner Meinung nach durchaus möglich und zu empfehlen; sie wären zu dieser Aufgabe, die von der Polizei durch Schulleute und Polizeidiener gar nicht gelöst werden kann, gerade die richtigen Organe. Die Uebertragung könnte entweder direkt durch die bezirks- oder ortspolizeiliche Vorschrift stattfinden oder könnte auch in der Weise erfolgen, daß die Ortspolizeibehörde zwar nach der Vorschrift die Ueberwachung zu besorgen hat, sich dazu aber der Mitwirkung der Frauenvereine bedient. Nach der im Bezirk Mannheim geltenden Vorschrift steht die Ueberwachung der Ortspolizeibehörde, in der Stadt Mannheim mithin dem Bezirksrath zu. Letzteres aber hat schon seit einer Reihe von Jahren die thatsächliche Ausübung der Ueberwachung der städtischen Armenkommission übertragen. In neuester Zeit ist sogar zwischen dem Bezirksrath und der Armenkommission eine Vereinbarung dahin zu Stande gekommen, daß die Armenkommission im Auftrage der Ortspolizeibehörde die endgiltige Genehmigung zur Aufnahme von Pflegekindern zu erteilen hat; nur wenn die Armenkommission die Genehmigung verweigert, kann die Entscheidung des Bezirksraths angerufen werden. Das Großh. Ministerium des Innern hat dieser Vereinbarung ausdrücklich zugestimmt und hat dadurch zu erkennen gegeben, daß es damit einverstanden ist, wenn die Aufsicht über die Haltekinder an Stelle der Polizeibehörden durch geeignete Organe ausgeübt wird. Wenn die Frauenvereine sich zu dieser Beaufsichtigung erbieten würden, wäre es in zahlreichen Gemeinden gewiß nicht schwer zu erreichen, daß sie ihnen übertragen wird. Sie hätten damit einen Wirkungsbereich erlangt, der den edlen Zielen dieser Vereine ganz entspricht und der eine unermeßliche Fülle von Segen bringen würde den armen und verlassenen der armen Kinder!

Von der Zwangsverziehung oder Fürsorgeverziehung solcher Kinder, die fittlich vernachlässigt sind oder doch im Elternhause der Gefahr fittlicher Vernachlässigung ausgesetzt sind oder deren Eltern das Erziehungsrecht mißbrauchen, ist in den letzten Jahren in der Presse und in den an der Armenpflege beteilig-



das" eine Irrführung der Pariser Presse herbeigeführt, die erheiternd ist. Wir geben die vorliegenden Telegramme in der Reihenfolge, wie sie uns zugegangen sind — sie wirken in ihrer Gegensätzlichkeit geradezu verblüffend.

(Telegramme)

\* Paris, 1. Nov. Betreffs der Flottendemonstration gegen die Türkei wird von gut unterrichteter Seite berichtet, daß die französische Regierung nötigenfalls entschlossen sei, einen bedeutenden Hafenort und ein größeres Gebiet zu besetzen, um die reklamirten Beträge in möglichst kurzer Zeit zu erlangen. Kontreadmiral Caillard werde die hierauf bezüglichen endgültigen Instruktionen erst in den türkischen Gewässern, vielleicht in der Nähe der syrischen Küste erhalten. Das „Journal des Débats“ schreibt, es könne weder für die Türkei, noch für sonst jemand ein Zweifel darüber bestehen, daß das Einberufen zwischen Frankreich und Rußland in diesem Punkte, wie in allen anderen, ein vollständiges sei. Unter diesen Umständen sei schwer zu glauben, daß die Fortsetzung ihres Irrthums nicht einsehen werde, bevor es zu spät sei.

\* Paris, 1. Nov. Der Marineminister erhielt von dem Oberkommandirenden des Mittelmeergeschwaders Admiral Maigret folgendes Telegramm: „Geschwader ist in Toulon eingetroffen, Befehle sind ausgeführt.“

\* Paris, 1. Nov. Der Marineminister hat keine Bestätigung von der Rückkehr der Division des Admirals Caillard nach Toulon erhalten.

\* Paris, 1. Nov. Eine um Mitternacht veröffentlichte Meldung der „Agence Havas“, daß das Mittelmeergeschwader unter Admiral Maigret nach Toulon zurückgekehrt sei, hat lebhafteste Ueberraschung hervorgerufen. Einige Blätter meinen, die Rückkehr der Flotte lasse sich damit erklären, daß der Vollzug dieser Maßregel aufgeschoben sei, oder daß die Türkei der französischen Regierung vollständige Genugthuung gewährt habe. Allerdings sei die erstere Hypothese die wahrscheinlichere. Der „Gaulois“ meint, die Flottendemonstration sei beabsichtigt gewesen, um die Türkei zur Vernunft zu bringen und daß sie dieses Ziel erreicht habe. Es verlautet, daß der französische Geschäftsträger Vapst gestern telegraphirt habe, daß der Sultan in allen freigelegten Punkten Frankreich Genugthuung gewährt habe. Der „Figaro“ erklärt, er glaube trotz Allem, daß die Abfahrt der Division unter Caillard unmittelbar bevorstehe.

\* Paris, 1. Nov. Der „Agence Havas“ wird aus Toulon gemeldet: Es ist nicht richtig, daß die Division des Admirals Caillard mit dem Mittelmeergeschwader hierher zurückgekehrt ist.

\* Toulon, 1. Nov. Die „Agence Havas“ meldet: Die Division unter Admiral Caillard trennte sich gestern früh vom Mittelmeergeschwader und trifft zweifellos Sonntag Abend oder Montag früh in den türkischen Gewässern ein.

### Ein Abtrünniger.

— Stuttgart, 31. Oktober.

Der diesen Herbst in Fürth abgehaltene Parteitag der Deutschen Volkspartei hat es, wie bekannt, nicht gewagt, sich in der Getreidezollfrage auf den prinzipiellen Boden zu stellen, der dem Parteiprogramm entspricht; immerhin hat man die sechs württembergischen Landtagsabgeordneten, die in der Kammer im Sinne der Mehrheit für eine Erhöhung der Getreidezölle gestimmt haben, wie abgetriebene Parteelemente behandelt, für die man mildere Umstände geltend zu machen habe, und die beschlossene Resolution hat „eine Politik der Lebensmittelvertheuerung“ verworfen. Daß diese Haltung des Parteitages nicht dazu angethan war, dem Kadieren volksparteilicher Politiker in der Zollfrage ein Ende zu machen, zeigt sich in eklatanter Weise daran, daß neuerdings selbst ein Reichstagsabgeordneter der Partei für einen „erhöhten

Zollschutz der Landwirtschaft“ eingetreten ist und sich dafür sogar auf „sein Programm“ berufen hat. Diese Stellungnahme des Reichstagsabgeordneten Augst (XII. Wahlkreis), über die das Centralorgan der Partei selbst berichtet, weil nämlich der Abg. Augst in der gleichen Rede dem konservativen Reichstagsabgeordneten Schrempf entgegentrat, ist noch besonders merkwürdig durch ihre Begründung. Herr Augst bekannte sich nämlich zu der Ansicht, daß „Besitzer bis zu 40 Morgen keine wesentlichen Vortheile von der Zollerhöhung haben“, ja er bestritt, daß die kleine Landwirtschaft überhaupt an den Zöllen (nicht bloß an einer Erhöhung derselben) interessiert sei, aber, fügte er bei, „er wolle auch den größeren Besitzern nicht zumuthen, unter den Produktionskosten zu verkaufen“. Herr Augst erklärt es also für wirtschaftlich und politisch gerechtfertigt, lediglich um der größeren Besitzern willen eine Zollerhöhung vorzunehmen, die seiner eigenen Ansicht nach dem der Zahl nach weit überwiegenden landwirtschaftlichen Kleinbesitz nichts nützt, nach unzähligen Ausführungen seiner Parteipresse demselben sogar schadet und die ganze nicht-landwirtschaftliche Bevölkerung belastet. Aber Herr Augst geht noch weiter. Er erklärte in derselben Rede, daß er gegen die Erhöhung der Industriezölle stimmen werde mit Ausnahme derjenigen, deren Rohstoffe durch die landwirtschaftlichen Zölle verteuert werden.“ Das sind sehr wenige und verhältnismäßig untergeordnete Industriezweige, so daß man im allgemeinen sagen kann: Herr Augst erklärt sich für eine einseitige Zollerhöhung zu Gunsten der Landwirtschaft! Man wird selbst in extrem-agrarischen Lager weit herumsuchen dürfen, bis man eine Stimme findet, die sich ohne Umkehr zu dem Standpunkt bekennt, auf den sich am 22. Oktober zu Gerabronn ein Reichstagsabgeordneter der württembergischen Volkspartei gestellt hat.

Diese Rede, von der in der Öffentlichkeit noch viel die Rede sein wird, beleuchtet die Befahrenheit der Volkspartei in der Zollfrage um so greller, als gleichzeitig der „Beobachter“, trotzdem er die Augst'sche Rede veröffentlicht, sich gegen den „Millionentribut“ ereifert, den die gesammte nicht-landwirtschaftliche Bevölkerung, sowie der größte Theil der landwirtschaftlichen Bevölkerung selbst für die mittleren und größeren Betriebe der Landwirtschaft aufbringen solle. Der „Beobachter“ berechnet diesen Tribut, falls der vom Gesamtkollegium der Zentralstelle für die Landwirtschaft empfohlene Zollsatz von 6 M. Annahme fände, auf 9 1/2 Millionen, „4 Millionen mehr als jeither“. Daß ein solcher „Tribut“ in Höhe von 5 Millionen aufgebracht wird, läßt auch der „Beobachter“ ohne Widerspruch, und macht der von dem Abg. Augst befürwortete „erhöhte Zollschutz“ auch nur 1 oder 1 1/2 M. aus (5 M. Zoll, so erhöht sich der Tribut, für den ein demokratisches „Programm“ noch eintreten darf, auf 7 und 8 Millionen. 9 und 9 1/2 Millionen aber sind ein Ding, das „an die Zeit der Frohen“ erinnert! Gegenüber solch ungeheuerlichen Widersprüchen ist es unnötig, die Rechnung des „Beobachters“ erst lange auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Wenn je einmal das Gerücht der Weltgeschichte dem landwirtschaftlichen Schutzzoll Unrecht geben sollte, so können seine überzeugten Anhänger ihr Thun wenigstens als „Schwachsinn“ entschuldigen; eine Partei aber, die tagtäglich anderen die Verwerflichkeit des Zolles predigt und sich doch selbst in so weitgehender Weise dazu bekennt, der müßte es eigentlich als „Vohheitsünde“ angerechnet werden.

### Neue Kämpfe auf den Philippinen.

Der Widerstand der Philippiner lebt von neuem auf. Im mittleren Luzon sammeln sich die Aufständischen, der Süden der Insel Samar steht in hellem Aufruhr. Die

Amerikaner, die nach der Gefangennahme Aguinaldos endlich etwas Athem schöpfen konnten, sehen sich wieder zu Kraftanstrengungen genötigt. Auf Samar wurden unter dem Befehle des Generals Smith Truppen konzentriert, nach Catbalonga, dem Haupthafen dieser Insel, ist eine Kanonenboot-Flotille entsandt worden. Wenn es richtig ist, was dieser Tage gemeldet wurde, daß die meisten Städte im südlichen Theile von Samar zerstört worden sind, so würde das darauf hindeuten, daß es dort bereits zu scharfen Kämpfen gekommen ist. Näheres darüber ist bisher nicht bekannt geworden, da es den Amerikanern auf den Philippinen noch leichter fällt als den Engländern in Südafrika, der Außenwelt den Einblick in die inneren Vorgänge zu verschließen. Seit der Ankunft des amerikanischen Zivilgouverneurs in Manila, also seit etwa vier Monaten, hatte der Nachrichtenendienst von dort her ausgefallen, so daß allgemein die Ansicht bestand, die Inseln seien gänzlich beruhigt und die Bevölkerung, des langen Kampfes müde, sei zur friedlichen Erwerbsthätigkeit zurückgekehrt. Sollte man doch erfahren, daß auch die Unterführer Aguinaldos die Waffen gestreift hatten. Ueberraschend war daher die vor 14 Tagen eingetroffene Meldung von dem Ueberfalle einiger Hundert Philippiner auf eine Abtheilung des 9. amerikanischen Infanterieregiments, wobei die Amerikaner ein Dutzend Tode auf dem Platze ließen. Die optimistische Auffassung, es habe sich da um einen Einzelfall gehandelt, wird hinfällig, da inzwischen durch amerikanische und philippinische Rundgebungen der Ernst der Sachlage offenkundig geworden ist. Die beiderseitigen Proklamationen erinnern, wie die „Voss. Ztg.“ schreibt, an die Zeit der heftigsten kriegerischen Verwickelungen. General Smith fordert die Bevölkerung von Samar zur Auslieferung der Waffen auf und setzt ihr eine Frist zur Nennung der an dem Ueberfalle auf die Amerikaner theilhaftig gewesen Leute; er droht den Häuptlingen der Philippiner mit der Verbannung, mit der Eingziehung ihres Eigenthums und mit der Zerstörung der Dörfer. Andererseits verbindet der neuerwählte Philippinerführer Malvar, daß er den Oberbefehl über die philippinischen Streitkräfte übernehme und eine Neubildung der „philippinischen Armee“ beabsichtige. Möglich, daß dieser Umschwung mit dem Präsidentenwechsel in Nordamerika zusammenhängt, daß die Philippiner sich der Täuschung hingaben, sie könnten von dem selbständigen Präsidenten Roosevelt günstigere Bedingungen erzwingen als vordem von dem den Parteideutaten der republikanischen Imperialisten folgenden Mac Kinley. Sollte doch, wie erinnerlich, schon die Präsidentenwahl vom November vorigen Jahres insofern Einfluß auf das Verhalten der Philippiner, als sie kurz vor der Wahl erklärt hatten, sie würden in ihrem Widerstande nachlassen, wenn statt der Republikaner die Demokraten ans Ruder kämen. Freilich kümmerte man sich in Nordamerika nicht um diese Erklärung, und die Philippiner wurden gezwungen, sich der amerikanischen Uebermacht zu fügen. Doch scheinen sie die Zeit, die seither verlossen ist, zur Sammlung und geheimen Agitation benutzt zu haben. Als nach der Gefangennahme Aguinaldos die in Madrid anässige philippinische Junta den Beschluß faßte, den Versuch zur Fortsetzung des bewaffneten Widerstandes auf den Inseln zu unternehmen, und als die Leiter der Junta auf Grund dieses Beschlusses die Heimreise antraten, wurde ihr Unterfangen nur belächelt. Vielleicht haben sie aber die Widerstandskraft ihres Volkes dennoch richtig abgeschätzt. Es ist immerhin schon viel, daß die wehrfähige Mannschaft auf den Inseln den Amerikanern von neuem zu thun gibt.

(Telegramm.)

\* Washington, 31. Okt. 60 Offiziere und 470 Philippinos ergaben sich auf der Insel Cebu den Amerikanern.

ten Kreisen außerordentlich viel aus dem Anlaß die Rede gewesen, daß eine solche Zwangsverziehung in weiten Gebieten unseres Reiches, insbesondere in Preußen, erst jetzt auf Grund der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs, zur Einführung gelangt ist. In Baden besteht die Möglichkeit der Zwangsverziehung, d. h. das Recht, die Kinder in bestimmten Fällen den Eltern zwangsweise abzunehmen und in Anstalten oder geeigneten Familien unterzubringen, auf Grund gesetzlicher Vorschriften schon seit dem Jahr 1886, und diese Zwangsverziehung hat sich, wenn man ihre Erfolge auch nicht überschätzen sollte und wenn man sie auch nur mit großer Vorsicht zur Anwendung gelangen lassen darf, doch als notwendig und segensreich erwiesen. Das Bürgerliche Gesetzbuch hat die Zwangsverziehung im ganzen Reich zur Einführung gebracht und hat auch den Anlaß dazu gegeben, daß das badische Zwangsverziehungs-gesetz in manchen, übrigens nicht sehr wesentlichen Punkten geändert worden ist. Die wesentlichste Veränderung ist die, daß die Zwangsverziehung in Zukunft nicht nur bis zum 16. Lebensjahr, sondern bis zum vollendeten 18. Lebensjahr der Minderjährigen ausgesprochen werden kann.

Eine Betheiligung der Frauen und der Frauenvereine an der schwierigen Aufgabe der Zwangsverziehung wird bei denjenigen weiblichen Zöglingen, die in Erziehungsanstalten untergebracht sind — und das werden in der Regel die sittlich verwahrlosten sein — nur in der Weise stattfinden können, daß sie nach der Entlassung aus der Anstalt dafür Sorge tragen, daß die Zöglinge in geeignete Stellungen untergebracht und vor dem Rückfall in ihre frühere Fehler beharrt werden. Eine liebevolle und sorgsame Ueberwachung und Anleitung dieser jungen Mädchen, ihre Heranziehung zu angemessener Betreibung und Unterhaltung, die Befriedigung ihrer berechtigten Wünsche und Forderungen wäre eine segensreiche und dankbare Aufgabe der Vereine.

Bei der Unterbringung von Zwangszöglingen in Familien könnte eine weitere Mitwirkung in der Weise eintreten, daß die Frauenvereine geeignete Pflegestellen ermitteln und in Vorschlag bringen, und daß für weibliche Zöglinge und für kleinere Knaben geeignete Frauen zu Fürsorgerinnen bestellt werden. Für jeden in einer Familie untergebrachten Zwangszögling ist vom Bezirksamt ein Fürsorger zu bestellen, der die Leistungen der Familie, welcher der Zögling überwiesen ist, fernher das Verhalten des letzteren persönlich überwacht. Ob zu Fürsorgern auch Frauen bestellt werden können, ist im bisherigen Gesetz nicht entschieden; meiner Ansicht nach wäre die Frage zu bejahen. Es ist mit

aber nicht bekannt, ob die Ernennung einer Frau zum Fürsorger schon vorgenommen ist. Nach dem neuen Gesetz ist es außer jedem Zweifel, daß Frauen Fürsorger werden können, denn zum Fürsorger ist der Vormund oder Gegenvormund des Kindes, mit Vorzug die Vormünder und Gegenvormünder können aber nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch auch Frauen werden.

Die Frauenvereine könnten sich ein Verdienst erwerben, wenn sie den Bezirksämtern und Armenbehörden geeignete Mitglieder benennen würden, die das Amt eines Fürsorgers bei den in Familien untergebrachten Zwangszöglingen mit Eifer, Sachkenntnis und Liebe zu versehen im Stande wären. Die Arbeit an dem einzelnen, dem sittlichen oder leiblichen Verderben ausgelegten Kinde entspricht in vollem Maße dem hohen Berufe unserer deutschen Frauen.

Eine schöne Menschenseele finden, Sie gewinnen; ein schönerer Gewinn, Sie erhalten, und der schönste und schwerste, Sie, die schon verlorenen, zu retten.

In der Waisepflege sind durch die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs und die zur Ausführung desselben erlassenen landesgesetzlichen Vorschriften sehr tiefgehende Veränderungen vor sich gegangen. An die Stelle der bisherigen Waisenträger ist ein Gemeindevorstand getreten, der es aber nur mit der Person des Mündels und nicht mit der Vermögensverwaltung zu thun hat. Der Gemeindevorstand hat dem Vormund vorzuschlagen, hat das persönliche Ergehen und Verhalten des Mündels zu überwachen und hat ein pflichtwidriges Verhalten des Vormundes zur Anzeige zu bringen. Er hat aber ferner auch eine gewisse Fürsorge über diejenigen Kinder auszuüben, die sich noch unter elterlicher Gewalt befinden, indem er Anzeige zu machen hat, wenn eine Zwangsverziehung der Kinder erforderlich scheint, oder wenn das Vermögen der Kinder durch die Eltern gefährdet wird.

Der Gemeindevorstand kann ein Einzelbeamter oder ein Kollegium sein, und gesetzlich steht nichts dem im Wege, daß auch Frauen zu Gemeindevorständen ernannt werden. Wo ein Kollegium die Geschäfte des Gemeindevorstands besorgt, wird die Hinzuziehung von weiblichen Hilfskräften sich mit der Zeit zweifellos als zweckmäßig und notwendig erwiesen. Aber auch wo der Gemeindevorstand ein Einzelbeamter ist, wird

nichts dem im Wege stehen, daß er sich zur Erledigung seiner Amtspflichten der Beistände männlicher und weiblicher Waisepflege bedient. In Preußen ist durch das Waisepflege-gesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch die Mitwirkung von Waisepflegern und Waisepflegerinnen an den Geschäften des Gemeindevorstands ausdrücklich vorgesehen. In Baden ist das nicht geschehen; es können aber auch bei uns Waisepflegern ernannt werden, wie das Beispiel von Mannheim lehrt. Dort sind die Geschäfte des Gemeindevorstands auf Grund einer besonderen für die Stadtordnungs-gemeinden geltenden Bestimmung der städtischen Armenkommission übertragen worden, wie das übrigens in Karlsruhe gleichfalls geschehen ist. Die Armenkommission aber besorgt diese Geschäfte durch die Vermittelung der den 31 Armen- und Waisengebieten angehörenden Waisepflege- und Pflegerinnen, denen die einzelnen Mündel unterstellt werden.

Wie bereits erwähnt, können Frauen jetzt ferner auch zu Vormündern ernannt werden; sie erhalten damit die Möglichkeit, an Stelle der Eltern selbstständig bestimmend in das Leben des Mündels einzugreifen, seine Erziehung und Ausbildung zu leiten und zu überwachen und die gesammte Fürsorge für ihn zu übernehmen, ohne daß sie dabei die Verpflichtung haben, aus eigenen Mitteln irgend welche materiellen Opfer zu bringen. Wenn der Mündel vermögenslos ist, können sie vielmehr seinen Unterhalt der Armenbehörde überlassen, und haben dann im Benehmen mit ihr für geeignete Unterbringung zu sorgen. Wenn es sich nicht um die Verwaltung eines größeren Vermögens, sondern vorzugsweise um die Fürsorge für die Person insbesondere weiblicher Mündel handelt, werden Frauen in vielen Fällen zu Vormündern außerordentlich geeignet sein; namentlich würde es für empfehlenswert halten, tüchtige Frauen zu Vormündern der unglücklichen und belichen Kinder zu machen, die als Halbwaisen bei fremden Leuten untergebracht werden müssen. Durch Uebernahme solcher Vormundenschaften würde nicht nur den Kindern und ihren Müttern ein großer Dienst erwiesen werden, sondern die gewissenhafte Fürsorge für ein solches Kind würde auch oft einen Sonnenstrahl erhellender Liebe in manches vereinigte und verdüsterte Frauenherz fallen lassen. Wenn die Frauenvereine den Amtsgerichten als Vormundschaftsgerichten und den Gemeindevorständen solche Mitglieder nachhelfen machen würden, die bereit und geeignet wären, das Amt eines Vormunders zu übernehmen, so würde die Zahl der Frauen, die zu Vormündern ernannt werden, gewiß bald im Steigen begriffen sein und es würde sich eine neue Quelle des Segens und des



# Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 1. November.

\* Eine Neapel-Brandschiff wird wegen Bräutereinsturzes einerseits nur bis Metaponto, andererseits bis Taranto befahren. Umsteigen ist zur Zeit unmöglich.

\* Gedächtnißfeier am Grabe Wilhelm Sebring's. In würdiger Feier wurde heute am Allerheiligentag der Grabstein, den auf Anregung der hiesigen Journalisten, Freunde und Verehrer dem Andenken des Dichters errichtet, dem Schutze der Stadt übergeben. Vor dem Denkstein hatte sich eine zahlreiche Versammlung eingefunden, darunter Vertreter der Stadt, viele Mitglieder des Schriftsteller- und Journalistenvereins, ferner Vertreter des Kaufmännischen Vereins, des Dramatischen Vereins, des Sängervereins und der Burschenschaft Tuiskonia, sowie sonstige Verehrer und Verehrerinnen des nunmehr seit Jahresfrist Verstorbenen. Um 12 Uhr erschien die große Witwe Sebring's, geleitet von Herrn Hofredakteur Herzog und bald darauf begann die Feier mit einem Gesangsvortrag der Sänger der Lieberhalle, denen auch an dieser Stelle für ihre lebenswürdige Mitwirkung besonderer Dank ausgesprochen ist. In Verbindung des Vortrages des Schriftstellers und Journalistenvereins, des Herrn Hofredakteurs J. Kay, hielt hierauf Herr Hofredakteur Herzog folgende Ansprache:

„An einem Tage, der im frommen Brauch das Gedächtniß an theure Tode neu belebt, umfassen wir heute den Grabhügel eines Mannes, der bis zum Vorjahre noch unter uns lebte und mit seiner Liebesgabe manche Herzen erfreute. Das Andenken, das in unserer Stadt dem dichterischen Wirken Wilhelm Sebring's gegolten wird, hat nunmehr seinen schönsten Ausdruck gefunden in dem Gedächtnißmal, das ihm Freundschaft und Verehrung errichtet hat an dieser Stätte, wo der wegemüde Sohn des Nordens anruft von seines Lebens reichen Mäßen. Namens des Karlsruher Schriftsteller- und Journalistenvereins, aus dessen Reihen die öffentliche Anregung zu diesem Denkmahl hervorging, sage ich herzlichsten Dank Allen, die mit ihren Spenden zu der Verwirklichung desselben beitragen, die es ermöglichten, daß das Bild des Dichters, von Künstlerhand in Erz gefaßt, heute herniedersteht auf dem Kreis der Freunde, die seiner nicht vergaßen, auf die treue Gattin, die seiner immerdar gedenkt. Besonders aber sage ich Dank den auch hier vertretenen städtischen Behörden, die den Wünschen des Komitees in allem so freundlich entgegenkamen und denen ich heute den Denkstein übergeben darf mit der Bitte, ihn in treue Obhut nehmen zu wollen. Möge denn dies Denkmahl auch an seinem Heile die Erinnerung festhalten an den großen Dichter, der in unserer Stadt das Beste seines Denkens und Empfindens ausströmte in seinen Liedern, die ihm den Frühling des Herzens wachhielten bis in die schlimmsten Herbsttage seines Alters. Und da es ein Poet ist, den wir feiern, so sei mir vergönnt, meine Worte auch in poetischer Form auszusprechen.“

Herr Herzog trug dann mit kraftvollem Ausdruck ein warmempfundenes, von ihm selbst verfaßtes Gedicht „Zu Wilhelm Sebring's Gedächtniß“ vor und legte die Kranzgirlande des Schriftsteller- und Journalistenvereins am Grabe nieder.

Herr Stadtrath Käppeler übernahm den Denkstein namens der Stadt, die ihn in treuer Hut halten werde; er nahm Bezug auf seine persönliche Freundschaft zu dem Dahingegangenen und schloß mit herzlichsten Worten dankbarer Erinnerung an all die vielfältige Anregung, die er selbst und so viele andere Sebring verdankten. In der Stadt, die dem Dichter zur zweiten Heimath geworden sei, werde man ihm ein treues Andenken bewahren. Herr Käppeler legte dann im Auftrage der Stadt Karlsruhe einen Kranz am Grabe nieder. Es folgten darauf die Vertreter des Kaufmännischen Vereins, des Sängervereins, des Dramatischen Vereins, der Burschenschaft Tuiskonia und der Lieberhalle, die gleichfalls mit kurzen Gebetsworten Kranze niederlegten. Durch einen Gesangsvortrag der Lieberhalle fand der schöne Gedächtnißfeier ein stimmungsvoller Abschluß. Der von Herrn Bildhauer Müntzer mit künstlerischem Geschmaack ausgeführte Denkstein, der von reichem Blumen schmuck umgeben war, zeigt uns auf einem behauenen Granitblock das wohlgetroffene Medallionbildnis des Dichters. Das treue Gedenken, das seine Freunde ihm in ihrem Herzen bewahren, hat nunmehr in dem Grabmal auch einen würdigen äußeren Ausdruck gefunden.

\* Mittheilungen aus der Stadtrathssitzung vom 31. Oktober: Der Bürgerverein des Stadttheils Mühlburg hat beantragt: 1. Bei der Straßenbahngesellschaft dahin zu wirken, daß auf der Strecke Mühlburg-Heinrichen statt des gegenwärtigen Bahnunternehmens der fünfminütigen Betrieb durchgeführt werde, 2. daß der Landgraben auf der noch offenen Strecke im Stadttheil Mühlburg überbaut werde und 3. daß im Stadttheil Mühlburg öffentliche Klartische errichtet werden. Der Stadtrath beschließt bezüglich des Punktes 1 die Straßenbahngesellschaft zu ersuchen, dem geäußerten Wunsche zu entsprechen, bezüglich der Punkte 2 und 3 die Eingabe aber zunächst der städtischen Kommission zur Prüfung und Antragstellung zu überweisen. — Die Bekker von Tazameterdrotschen dahier suchen darum nach, daß sie von der Aufstellung solcher Drotschen im Hinblick auf die hohen Unterhaltungskosten dieser und die durch die Einführung des elektrischen Straßenbahnverkehrs bedingte Verminderung ihrer Geschäftseinkünfte entbunden werden. Die Tazameterfabrik Berlin, Genossenschaft mit beschränkter Haftung, habe sich mit der Rücklieferung der an hiesige Drotschenhalter teilweise abgegebenen Tazameter einverstanden erklärt. Unter diesen Umständen hat der Stadtrath Einwendungen gegen das Ansuchen nicht mehr zu erheben. — Nach dem vom Stadtrath veranlaßten Erhebungen standen im Oktober d. J. in hiesiger Stadt Wohnungen leer: in der inneren Altstadt 89, in der inneren Altstadt 71, im alten Hartwaldstadttheil einschließlich Schloßbezirk 7, in der äußeren Altstadt 64, in der Südstadt 116, im Stadtgartenviertel 5, in der Südweststadt 123, im neuen Hartwaldstadttheil 3, im Stadttheil Mühlburg 89, zusammen 516 gegen 413 im Monat Juli und 520 im Monat Oktober d. J. — Die auf so notwendigen sozialen Ausgleichs für unser Volk ersichtlichen.

Hochgeehrte Damen und Herren! Ich habe versucht, Ihnen in kürzester Umriß die Gebiete vorzuführen, auf denen eine Mitwirkung der Frauen und der Frauenvereine an der öffentlichen Armen- und Waisenpflege möglich und nützlich ist. Der bisherigen Tätigkeit der Frauenvereine liegt diese in den Händen der Gemeinde- und Kreisverwaltungen liegende gesetzlich gebotene Armen- und Waisenpflege naturgemäß fern. Als Vertreter der öffentlichen Armenpflege aber weiß ich, wie sehr diese der Mitwirkung der weitesten Kreise und insbesondere unserer Frauen bedarf, um ihren Zweck zu genügen. Ich kann daher nur die dringende Bitte an Sie richten, neben der Verfolgung Ihrer bisherigen Ziele, bei der Sie — dem ansehnlichen Beispiel unserer allergnädigsten Großherzogin folgend — schon so Großes erreicht haben, auch dieser Arbeit Ihre eifrige Mitwirkung nicht zu verweigern. Das Gebiet der Armut und der leiblichen und sittlichen Noth ist groß. Wollen wir aber nie vergessen, daß die unter diesem Noth Leidenden gleich uns Kinder unseres Volkes sind, indem wir auch beim Kampfe gegen die Noth das Dichterverwort zur Wahrheit machen:

„Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern!“

1. November d. J. erledigte Stelle eines zweiten Assistentenarztes auf der chirurgischen Abteilung des städtischen Krankenhauses wird dem Volontärarzt Dr. A. Kay hier übertragen. — Im Erberhäuserhaus an der Södenstraße soll ein öffentlicher Feuermelder eingerichtet, der im Hause Hardtstraße Nr. 17 angebracht Feuermelder dagegen nach dem Hause Ede Hardt- und Friederichstraße verlegt werden. — Gegen einen hiesigen Monteür, der die Verhandlungen vor dem Gemeindericht im Rathhaus wiederholt störte, der Aufforderung zum Verlassen des Amtszimmers erst nach mehrmaliger Aufforderung Folge leistete und sodann gleichwohl wieder in das Gerichtszimmer eintrat, wird bei Großh. Staatsanwaltschaft Strafantrag wegen Hausfriedensbruch gestellt. Auch hat der Gemeindericht gegen den Genannten wegen ungebührlichen Benehmens eine zwölfstündige Arreststrafe ausgesprochen und das Großh. Bezirksamt ersucht, denselben durch einen Schutzmann zur Straferfüllung vorzuführen zu lassen. — An Gebühren für Benützung öffentlicher Straßen zur Aufstellung von Bauzäunen und zur Lagerung von Baumaterialien im Monat September d. J. werden 120 M. 47 Pf. durch die Stadtkasse erhoben. — Wegen Feilhaltung gefälschter Milch wurden polizeilich bestraft: zum zweiten Male Rudolf Weber, Milchhändler hier, Julius Söh in Spöck zum dritten Male Ludwig Kayy Ehefrau, Milchhändlerin in Rintheim, Jakob Amolsch Ehefrau, Milchhändlerin in Blankenloch, Helene Jäckle, Milchhändlerin in Blankenloch.

§ (Sitzung der Strafkammer I vom 31. Oktober.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Frhr. v. Müdt Vertreter der Großh. Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Grosch. — Vor der hiesigen Strafkammer kam heute eine Petrusanfrage zur Verhandlung, die in mehrfacher Beziehung von Interesse war. Ein Petruschwinder gefälschter Art stand in der Person des 28 Jahre alten Kaufmanns Ludwig Berg aus Köln vor dem genannten Gerichte. Der Angeklagte, der aus einer geachteten Kölner Familie stammt, eine gute Erziehung und Schulbildung genossen und eine ausgezeichnete kaufmännische Ausbildung erhalten hat, wurde in den letzten Jahren ein lächerlicher, arbeitsloser Mensch. Zuletzt war Berg bei einem hiesigen Architekten als Reisender angestellt. Da er aber seine Pflichten weniger zur Betreibung der Interessen seines Prinzipals als dazu benützte, seinen Liebesabenteuern nachzugehen, wurde er im Oktober v. J. entlassen. Allüberall, wo Berg auf seinen Reisen hingekommen war, in Bruchsal, Mannheim, Bad, Konstanz, Waldshut, Billingen, Berggäbern, Stuttgart und Karlsruhe, knüpfte er mit Bürger- und Beamtenhöflichkeit, Kellnerinnen, Kellnerinnen oder Wirthshausbesitzerinnen an und verbrach all diesen Mädchen unter Hinweis auf seinen reichen Vater das Petrusch. Im Laufe des vorigen Jahres unterließ Berg zu gleicher Zeit nicht weniger als acht Liebesverhältnisse, bei denen jedes der Mädchen darauf rechnete, von dem Angeklagten geheiratet zu werden. In Karlsruhe lernte er die 28 Jahre alte M. D. kennen, mit der er sich bald verlobte. Er ging in der Familie aus und ein und hatte seiner Braut nach kurzer Zeit 210 M. abgepumpt. Er hatte dann durch die unwahre Angabe, daß sein wohlhabender Vater jederzeit für seine Schulden aufkommen werde, die Schwester seiner Braut zu überreden gewußt, ihm ein Darlehen von 1200 M. zu geben. Von hier ging er nach Frankfurt, von wo aus er das Verhältnis mit der M. D. löste. Das schwer gefälschte Mädchen erlittete daraufhin gegen ihren untreuen Bräutigam gerichtliche Anklage, die zur Folge hatte, daß Berg sich wegen Betrugs vor der Strafkammer verantworten mußte. Diese Verurtheilung ihm unter Anrechnung von ein Monat Untersuchungshaft zu drei Jahren Gefängniß und drei Jahren Ehrverlust.

## Zu den Vorgängen in Ostasien.

(Telegramme.)

\* Berlin, 1. Nov. Seine Majestät der Kaiser dröhtete an die deutsche evangelische Gemeinde von Shanghai am 26. v. M. zu der am 27. v. M. begangenen Feier der Einweihung ihrer Kirche.

Mit meinen Segenswünschen zum Kirchweihfeste stiftete ich der deutschen evangelischen Gemeinde in Shanghai für ihr Gotteshaus ein Altarfenster, dem Andenken meines Verstorbenen v. Ketteler gewidmet. Möge das Geschenk die Gemeindeglieder mahnen, ihrem christlichen Glauben und ihrem Vaterland treu zu sein bis in den Tod. Wilhelm.

Der deutsche Generalkonsul Dr. v. Knappe antwortete: „Eurer Majestät sprechen die Deutschen Shanghai ihren allerunterthänigsten Dank für das allergnädigste Geschenk und die Stiftung eines Altarfensters für das soeben eingeweihte Gotteshaus aus, geloben gleichzeitig der kaiserlichen Mahnung stets eingedenk zu sein und beizutragen unverbrüchliche Treue in jeder Lage bis zum Tode.“

\* London, 1. Nov. Die „Daily News“ erzählt, daß in Indien ein Expeditio nach Yunnan und dem oberen Yangtse vorbereitet wird, die politischen Zwecken dienen und Landesaufnahmen ausführen soll.

\* Wei-hai-wei, 1. Nov. Der englische Gesandte Sato w ist hier eingetroffen. Sein Besuch steht dem Vernehmen nach mit der Frage der Verwaltung der Stadt Wei-hai-wei in Zusammenhang, die ein Zufluchtsort für das Gefindel der schlimmsten Art und eine Brutstätte des Aufruhrs ist.

## England und Transvaal.

(Telegramme.)

\* Amsterdam, 31. Okt. Die Versammlung der Aktionäre der niederländisch-südafrikanischen Eisenbahn genehmigte die Bilanz für 1900 und setzt die Dividende auf 4 1/2 Proz. für die Aktien der 2. Serie, auf 6 Proz. für die der übrigen Serien fest, deren Bezahlung auf einen von den Kommissaren gemeinschaftlich zu bestimmenden Zeitpunkt verschoben wurde.

\* Haag, 1. Nov. Gestern fand eine lange Unterredung zwischen der Burendeputation, Dr. Leyds und van Voetschoten statt.

## Neueste Nachrichten und Telegramme.

\* Berlin, 1. Nov. Die „Nationalzeitung“ meldet: Die bereits im Frühjahr in aller Stille unter dem Vorhild des Generals der Infanterie Frhr. v. Goltz begründete deutsch-asiatische Gesellschaft, der zahlreiche bedeutende Industrielle, Großkaufleute und Politiker angehören, tritt heute mit einem Aufruf vor die Öffentlichkeit. Der Zweck ist die Anknüpfung regerer Beziehungen an Asien. Es ist nicht eine Erwerbsgesellschaft.

\* Berlin, 1. Nov. Laut der „Nationalzeitung“ ist die Gründung eines nationalliberalen Jugendbundes zu Berlin beschlossen worden. Ein vorläufiger Vorstand ist bereits gewählt worden.

\* Potsdam, 1. Nov. Die Erbprinzessin zu Wied ist gestern Abend von einem Knaben entbunden worden.

\* Greifswald, 1. Nov. Die hiesige Studentenschaft veranstaltete gestern eine Protestkundgebung gegen die Angriffe, welche Chamberlain in seiner letzten Rede gegen die deutsche Kriegführung 1870/71 gerichtet hatte. Nach mehreren begeisterten aufgenomemen Ansprachen der Professoren gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die Studentenschaft Greifswald, einmüthig verammelt mit den Dozenten, weist mit Entrüstung die Beschimpfung zurück, die Chamberlain in seiner Rede in Edinburg am 25. Oktober durch Vergleich der englischen Kriegführung in Südafrika mit der deutschen im Jahre 1870/71 gegen das deutsche Volk und deutsche Kampfeskette auszusprechen gewagt hat.“

\* München, 1. Nov. Oberst Freiherr v. Barth zu Hartmann, Kommandeur des zweiten Infanterie-Regiments, wurde unter Beförderung zum Generalmajor zum Chef des Generalstabes der bayerischen Armee ernannt. Generalleutnant von Reichlin-Meldegg, Militärbevollmächtigter in Berlin, wurde zum Kommandanten der zweiten Division, Generalmajor Götner, Kommandeur der ersten Feldartilleriebrigade unter Beförderung zum Generalleutnant zum Kommandeur der vierten Division und Oberst Ritter v. Endres à la suite der Armee, zum Militärbevollmächtigten in Berlin und Bevollmächtigten zum Bundesrath ernannt.

\* Köln, 1. Nov. Der frühere Gouverneur von Köln, General der Infanterie Frhr. v. Willeck, ist in Wiesbaden gestorben.

\* Wien, 1. Nov. 500 italienische Studenten versuchten in der Universitätsaula eine Kundgebung für die Errichtung einer italienischen Universität zu veranstalten. Sie zogen danach vor das Parlament, wo sie Hordruse auf die italienischen Abgeordneten ausbrachten. Die Wache zerstreute mit blanker Waffe die Studenten und eine große Menschenmenge, die angeammelt war.

\* Budapest, 1. Nov. Das Abgeordnetenhaus wählte den Grafen Albert Apponyi zum Präsidenten.

\* Rom, 1. Nov. Gegenüber anders lautenden Gerüchten stellt die Agentia Stefani fest, daß der Papst sich jeher wohl befindet.

\* London, 1. Nov. Die medizinische Wochenschrift „The Lancet“ erklärt, sie habe allen Grund zu glauben, daß die Meldungen über den Gesundheitszustand Seiner Majestät des Königs völlig unbegründet sind. Der König sei bei guter Gesundheit. Er unterzog sich keinerlei Operation.

\* Lissabon, 1. Nov. Die italienischen Mönche von Voretto, welche sich der Forderung betreffend die religiösen Gesellschaften nicht unterwerfen wollten, sind nach Italien abgereist. Die Franziskaner und Jesuiten konstituirten sich als Valenzgenossenschaften.

\* Belgrad, 1. Nov. Im Verlaufe der Adreßdebatte berührt der Abgeordnete Lyubonia Jivkovič (unabhängig radikal) die Thronfolgeangelegenheit, die den Interessen der nationalen serbischen Politik entsprechend baldigt geregelt werden sollte. Er nimmt mit Befriedigung davon Kenntniß, daß die hierüber verbreiteten Gerüchte sich als unbegründet erweisen.

\* Konstantinopel, 1. Nov. Nachdem Munir Bey bei den Erben Vorando's vergeblich Schritte behufs Herbeiführung eines Einnehmens unternommen hatte, versuchte er wiederholt eine Unterredung mit dem französischen Botschaftsrath Bapst zu erlangen, welcher sich jedoch formell weigerte, ihn zu empfangen.

\* Konstantinopel, 31. Okt. Offiziere und Unteroffiziere der Marine veranlaßten vor dem Admiralspalastgebäude eine Kundgebung wegen rückständigen Soldes.

\* Konstantinopel, 1. Nov. Die Armenter im Sandschal Musch überreichten dem russischen Vizekonsul in Wan eine Petition, worin sie um Aufnahme in die russische orthodoxe Kirche bitten. Der Vizekonsul ließ im Auftrage der Porte eine Untersuchung einleiten, um die Bittsteller zu ermitteln. Die Porte ertheilte gleichzeitig den Bittstellern von Erzerum und Wan Anweisungen, worin sie ihnen die Wahrung der Interessen der Armenter empfiehlt.

\* St. Petersburg, 1. Nov. Finanzminister Witte ist heute hier wieder eingetroffen.

\* Tanger, 1. Nov. Die Regierung zahlte dem spanischen Gesandten die Entschädigungssumme von 30000 Dollars für die Gefangenenahme und Wegführung von spanischen Staatsangehörigen und 1600 Dollars für die Verwandten der Letzteren.

\* Washington, 1. Nov. Schatzsekretär Gage erklärte, daß er den Ankauf von Bonds wieder aufnehmen, sich jedoch vorbehaltlich, jederzeit Unterbrechungen eintreten zu lassen.

## Verschiedenes.

\* Berlin, 1. Nov. Der „Lokalanzeiger“ will aus Kiel wissen, Kapitän Reiche von der „Gazelle“ habe gestern wegen Unterlassung der dienstlichen Meldung über die besonnenen Vorgänge auf der „Gazelle“ vor dem Kriegsgericht der ersten Marineinspektion gestanden. Er sei freigesprochen worden.

\* Emden, 1. Nov. (Telegr.) Das Kabel Emden — Sigö ist unterbrochen.

\* Rom, 1. Nov. (Telegr.) Eine der Agerzia Stefani vom meteorologischen Bureau zugegangene Mittheilung über die in verschiedenen Orten Oberitaliens verpürten Erdstöße besagt: Am stärksten war der letzte Erdstoß in Salo am Gardasee, wo er von einem windstoß-ähnlichen Geräusch begleitet war. Mehrere Schockstöße führten ein, verschiedene Gebäude sind beschädigt. Gestern früh nach 3 Uhr blieben in Salo die Instrumente des Observatoriums auf kurze Zeit unbeweglich. In Cavara wurden bei dem Erdbeben eine Person getödtet und mehrere verundet.

\* Glasgow, 1. Nov. (Telegr.) Wie amtlich bekannt gemacht, wurden in der letzten Woche im hiesigen Centralhotel vier Bedienstete von der Pest befallen. Einer derselben ist am Samstag gestorben.

\* Barcelona, 1. Nov. (Telegr.) Der auf der Fahrt von Alicante hierher befindliche Dampfer „Servantes“ ist auf hoher See verbrannt, die Besatzung konnte sich retten.

## Großherzogliches Hoftheater.

Am Hoftheater Karlsruhe.

Sonntag, 2. Nov. Abth. B. 16. Ab. Vorh. (Kleine Preise): „Zwei Eisen im Feuer“, Lustspiel in 3 Akten, frei nach Calderon von Friedrich Adler. Anfang 7 Uhr, Ende 9 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.



